PRESSE INFORMATION

SPÖ LANDTAGSKLUB OBERÖSTERREICH

Pressegespräch zum Thema:

Anschieben statt Aufschieben im Landesbudget 2027

Ihre Gesprächspartner:innen sind:

- SPÖ-Klubvorsitzender LAbg. Peter Binder
- Dritte Landtagspräsidentin LAbg. Sabine Engleitner-Neu, M.A. M.A.

Montag, 23. November 2026 um 11:15 Uhr
Oö. Presseclub, Saal B, Landstraße 31, 4020 Linz

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Auf einen Blick: Das Budget schiebt auf, was jetzt anzuschieben wäre

Gerechte Chancen für junge Oberösterreicher:innen, leistbares Leben und Gewaltschutz sind drei Schwerpunkte, die im Landesbudget 2027 eindeutig zu kurz kommen. Die SPÖ präsentiert, wie sie diese Lücken schließen würde und worauf sie darüber hinaus ihren Fokus legt.

Das Aufschieben von Schwarz-Blau in drei Zahlen steht dem Anschieben von der SPÖ gegenüber:

716	658	388	141,5

• 716 Mio. Euro an Übertragungsmitteln sind mit Stand 19. November 2026 noch gesperrt.

• 658 Voranschlagsstellen sollen 2027 unter Kreditsperre stehen. 2026 waren es 648, und die Sperre gilt bei allen bis heute.

• 388 Mio. Euro stecken in drei Sonderbudgets: OÖ-Plan (96,6), Zukunftsfonds (187,5) und Impuls 27 (103,8) und sind damit nicht transparent den Kostenstellen der Ressorts zugeordnet.

• 141,5 Mio. Euro kosten alle SPÖ-Anträge zusammen. Das ist rund ein Fünftel der gesperrten Übertragungsmittel.

„Das Land hält hunderte Millionen in gesperrten Töpfen und schiebt gleichzeitig Schulsanierungen, Beratung und Wohnbau auf. Das ist Aufschieben statt Anschieben. Unsere Abänderungsanträge treffen die Schwachstellen genau und zeigen, wie man sie kosteneffizient ausbessert. Wir liefern nicht nur Kritik, sondern Lösungen“, betont Klubvorsitzender Peter Binder.

Handlungsfeld 1: Gerechte Chancen für junge Oberösterreicher:innen

Schulsanierung: Der Rucksack wächst, die Baustellen nicht

Jede dritte Pflichtschule in Oberösterreich ist sanierungsbedürftig. Der Rucksack lag 2025 bei knapp einer Milliarde Euro.



- 44 Projekte (rund 73 Mio. Euro) sind baureif und bewilligt.
- 152 Projekte sind vorgemerkt: Für 124 liegen die Kosten bei 812 Mio. Euro, für 28 gab es noch nicht einmal eine Schätzung.
- 3 Mio. Euro einmalig aus dem 103,8 Mio. Euro schweren Impulsprogramm 2027 sind alles, was dazukommt. Das sind weniger als 3 Prozent.

Laut Gemeindebund verzögern sich zugesagte Landesförderungen um mehr als zehn Jahre. Gemeinden müssen Schulbauten über Jahre zwischenfinanzieren, und das kostet Zinsen.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

„Wir können unseren Kindern nicht zumuten, in maroden Gebäuden zu lernen. Jedes Jahr Aufschub macht die Sanierung teurer und die Lernbedingungen schlechter. Mit der Verdoppelung der Mittel werden aus Vormerkungen endlich Baustellen, und die Bauwirtschaft bekommt den Impuls, den sie braucht“, stellt Sabine Engleitner-Neu klar.

Der SPÖ-Antrag: Die Mittel für „Errichtung und Erweiterung von allgemeinbildenden Pflichtschulen“ werden von 25.734.300 Euro auf 51.468.600 Euro verdoppelt.



➔ Plus 25,7 Mio. Euro für Schulsanierungen

Schulsozialarbeit: Ein Beschluss, der seit 17 Jahren wartet

2009 hat der Landtag einstimmig beschlossen, die Schulsozialarbeit auf 100 Vollzeitstellen auszubauen. Erfüllt ist das bis heute nicht, obwohl die sozialen Probleme im Schulumfeld zunehmen. Schulsozialarbeiter:innen stützen Kinder in schwierigen Lebenslagen, schlichten Konflikte und entlasten Lehrkräfte.

Das Geld dafür gibt es: Der Oö. Kinderbetreuungsbonus (960 Euro jährlich) wird an Eltern gezahlt, die ihr Kind nach dem dritten Geburtstag zu Hause betreuen und vorhandene Kinderbildungsangebote nicht nutzen. Das widerspricht laut Landesrechnungshof den Zielen des Oö. Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes.

„Das Land zahlt dafür, dass Kinder Bildungseinrichtungen fernbleiben, und lässt gleichzeitig die Schulsozialarbeit auf Sparflamme laufen. Seit 17 Jahren liegt ein einstimmiger Beschluss vor. Wo bleiben die restlichen fast 40 Stellen?“, reagiert Engleitner-Neu mit immer mehr Unverständnis.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Der SPÖ-Antrag: Die Schulsozialarbeit wird von 4.421.000 Euro um 2.861.800 Euro auf 7.282.800 Euro erhöht. Der Kinderbetreuungsbonus wird dafür gestrichen.

➔ Plus 2,9 Mio. Euro für Schulsozialarbeit, statt Kinderbetreuungsbonus

Handlungsfeld 2: Gewaltschutz: Hilfe, bevor es eskaliert

Frauenberatungsstellen: Die Gehälter steigen, das Budget nicht

Das Land budgetiert für seine Bediensteten 1,0 Prozent Gehaltserhöhung (gestaffelt ab 1. August 2027). Frauenberatungsstellen und andere Vereine sollen ihre Gehaltssteigerungen laut Finanzdirektion „innerhalb der jeweils zur Verfügung stehenden Budgets" abdecken. Weil die zuständige Voranschlagsstelle 2027 nicht einmal an die Inflation angepasst wird, ist das eine schleichende Kürzung!

Der Bund wiederum bringt mit einem Rekordbudget für Frauenangelegenheiten und dem Nationalen Aktionsplan Geld in den Gewaltschutz. Das Land darf sich daran nicht vorbeischummeln, es muss das Angebot ausbauen. Dazu gehört auch die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen, die bei Lohnschere und Pension Gap in Oberösterreich nicht gesichert ist.

Männerberatung: Mehrere Monate warten sind keine Prävention

In einer Zeit gesteigerter Gewalt gegen Frauen sinken die Beratungsleistungen der Männerberatung des Landes. Im Voranschlag ist jetzt zu sehen, dass auch das Budget dafür niedriger dotiert ist als im Vorjahr. Laut Anfragebeantwortung warten Männer mehrere Monate auf ein Erstgespräch. Gerade bei Trennungen und Beziehungskonflikten braucht es aber rasche Hilfe, damit Aggression gar nicht erst in Gewalt umschlägt.

Sabine Engleitner-Neu: ***„Ein Bekenntnis zum Gewaltschutz ist zu wenig, wenn es im Budget nicht ankommt. Wenn Frauenberatungsstellen real weniger bekommen und Männer monatelang auf ein Erstgespräch warten, dann schiebt das Land Gewaltprävention auf. Wie sollen wir so jemals in die Prävention kommen?"***

Der SPÖ-Antrag: Die Mittel für Frauenberatungsstellen steigen von 1.522.600 Euro auf 3.045.200 Euro, jene für das Zentrum für Familientherapie und Männerberatung von 1.085.900 Euro auf 2.171.800 Euro. Beides ist eine Verdoppelung.



➔ Plus 2,6 Mio. Euro für Frauen- und Männerberatung

Psychotherapeutische Versorgung: Erstgespräch binnen 14 Tagen

Frühe Hilfe rettet Menschen und spart Geld. Eine zeitnahe Psychotherapie kostet im Schnitt 2.270 Euro. Bei Fehlbehandlung und Chronifizierung können die Folgekosten auf über 80.000 Euro pro Fall steigen, und ein Tag stationärer Unterbringung nach dem Unterbringungsgesetz kostet am Kepler Universitätsklinikum 1.079,80 Euro.

Die SPÖ will Oberösterreich gemeinsam mit der Österreichischen Gesundheitskasse und dem Österreichischen Bundesverband für Psychotherapie zur Pilotregion machen. Wer in einer psychischen Belastungssituation Hilfe sucht, soll innerhalb von 14 Tagen ein psychotherapeutisches Erstgespräch bekommen.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

„Rasche Hilfe ist die beste Vorsorge und die kosteneffizienteste. 2.270 Euro für eine zeitnahe Therapie gegen 80.000 Euro, wenn es chronisch wird. Das ist keine Ausgabe, das ist eine Investition, die sich rechnet“, erklärt die SPÖ-Sozialsprecherin.

1. **Der SPÖ-Antrag:** Der in „Transfers an Landesfonds (Impuls)“ im Abschnitt 59 „Gesundheitsfonds“ veranschlagte Betrag von 5.000.000 Euro wird im Finanzierungshaushalt um 10.000.000 Euro auf 15.000.000 Euro erhöht. Der Ergebnishaushalt wird entsprechend angepasst.

➔ Plus 10 Mio. Euro Anschubfinanzierung für psychotherapeutische Nahversorgung

Außerdem im Fokus: Integration und gerechtere Sozialförderungen

Integration: Landesrat Dörfel soll die Kürzungen bei den Integrationshilfen zurücknehmen! Sie sinken im Budget 2027 von 8,8 auf 6,2 Mio. Euro und liegen damit fast 44 Prozent unter dem Wert von 2025. Dabei steigt der Bedarf: Laut ÖIF-Bundesländerbericht lebten am 1. Jänner 2026 rund 283.200 Personen mit ausländischem Geburtsort in Oberösterreich. SPÖ-Integrationssprecher Wahl fordert einen „Integrationsfahrplan 2027“ mit jährlichem Wirkungsbericht und eigenem Budgetansatz für den Aktionsplan zur Extremismusprävention.

Sozialförderungen: Mehr Gerechtigkeit ist nötig, und die SPÖ hat das im Herbst im Landtag bereits gefordert. Der Heizkostenzuschuss soll erhöht, der Urlaubszuschuss für pflegende Angehörige angepasst und die Kürzung beim Eltern-Kind-Zuschuss zurückgenommen werden – um nur wenige Beispiele zu nennen, bei denen aktiv eine Erhöhung oder Zurücknahme der Kürzungen angegangen werden muss.

Handlungsfeld 3: Leistbares Leben: Wohnen darf nicht länger warten

Die Teuerung und hohe Immobilienpreise machen Wohnungseigentum für viele unerreichbar. Die Mieten am privaten Markt steigen, und selbst im gemeinnützigen Neubau sind in zentralen Lagen Quadratmeterpreise über 10 Euro üblich. Die Wartelisten bleiben lang.

Gleichzeitig verliert der Wohnbau im Budget an Gewicht:

- **3,4 Prozent** des Gesamtbudgets macht das Wohnbaubudget laut Rechnungsabschluss 2025 aus. 2009 waren es **6,2 Prozent**.
- **240,6 Mio. Euro** sind im Voranschlag 2027 für investive Wohnbaumaßnahmen vorgesehen (laut Finanzdirektion, ohne Wohnbeihilfe und Annuitätenglättung). Die SPÖ-Forderung bedeutet ein Plus von rund 42 Prozent.
- **100 Mio. Euro** fordert die SPÖ für den Wohnbau. Zum Vergleich: Das gesamte Impulsprogramm 2027 ist 103,8 Mio. Euro schwer.
- Im Voranschlag ist eine weitere Kürzung vorgesehen. Von **330 Mio. Euro** im Wohnbau wird auf **318 Mio. Euro** gekürzt. Das sind mittlerweile nur mehr **3,09 Prozent** des Gesamtbudgets.



Wohnbaukredite fließen langfristig ins Landesbudget zurück. Sie dämpfen den Preisdruck, stützen die Bauwirtschaft, sichern Arbeitsplätze und verbessern den thermisch-energetischen Zustand der Gebäude.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Peter Binder: ***„Leistbares Wohnen ist die soziale Frage unserer Zeit. Wenn das Wohnbaubudget schrumpft, ist das ein Aufschieben auf dem Rücken der Mieter:innen und der Bauwirtschaft. 100 Millionen Euro mehr würden eine Trendumkehr ermöglichen, die wirkt.“***

Der SPÖ-Antrag: Der Abschnitt „Wohnbauförderung“ wird um 100.000.000 Euro aufgestockt.

➔ Plus 100 Mio. Euro für Wohnbauförderung

Transparenz: Ein Budgetdienst bringt Licht ins Dunkel

Wer dieses Budget durchleuchten will, stößt schnell an Grenzen. Das zeigen die Antworten der Finanzdirektion auf die SPÖ-Fragen:

- Drei Sonderbudgets, ein Schlüssel: OÖ-Plan (96,6 Mio.), Zukunftsfonds (187,5 Mio.) und Impuls 27 (103,8 Mio.) ergeben zusammen knapp 388 Mio. Euro. Abgegrenzt sind sie laut Finanzdirektion über Anlageschlüssel in den Stammdaten. Allein OÖ-Plan und Zukunftsfonds hielten am 1. Jänner 2026 rund 247,5 Mio. Euro an gesperrten Übertragungsmitteln.
- 15a-Mittel des Bundes lassen sich im Voranschlag nicht gesondert auswerten, weil sie unter den zweckgebundenen Mitteln stecken.
- Die Landesumlage der Gemeinden ist keiner Ausgaben-Voranschlagsstelle eins zu eins zuordenbar.
- Den Transfersaldo zwischen Gemeinden und Land konnte die Finanzdirektion nicht beantworten.

Die SPÖ erneuert deshalb ihre Forderung nach einem unabhängigen Budgetdienst für den Landtag. Alle Parteien haben bereits die grundsätzliche politische Zusage gegeben. Auf Bundesebene gibt es ihn seit 2012. Er liefert dem Nationalrat regierungsunabhängige Analysen zu Budgetentwürfen und budgetrelevanten Gesetzen. Ein oberösterreichischer Budgetdienst mit zwei weisungsfreien Fachleuten und einer Assistenzkraft kostet rund 300.000 Euro im Jahr. Die Gegenfinanzierung ist einfach: Das Verbindungsbüro des Landes in Wien (Operngasse, seit 2019) ist eine unwirtschaftliche Doppelgleisigkeit, denn die Landesinteressen vertritt ohnehin die Verbindungsstelle der Bundesländer. Die dafür veranschlagten Mittel samt Personalkosten werden gestrichen.

„Alle sagen Ja zum Budgetdienst, dann soll er auch kommen. Wenn Fragen zu Sonderbudgets, Bundesmitteln und Landesumlage unbeantwortet bleiben oder nur über interne Schlüssel erklärbar sind, braucht der Landtag eigene, unabhängige Expertise. Dieser Budgetdienst zahlt sich durch bessere Entscheidungen vielfach zurück“, erklärt Binder.

➔ Plus 300.000 Euro für einen unabhängigen Budgetdienst, statt Verbindungsbüro in Wien

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Wer verfügt über das Budget? Und wen trifft die Sperre?

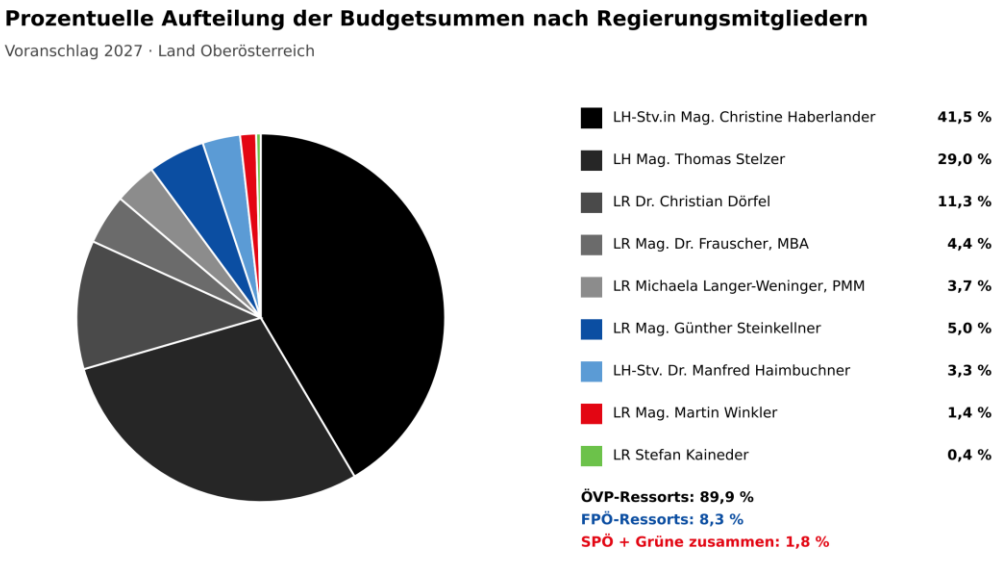
Die Verteilung der Budgetsummen nach Regierungsmitgliedern (Voranschlag 2027, Finanzdirektion) zeigt ein klares Bild. Die ÖVP-Ressorts verfügen über rund 90 Prozent. Die FPÖ kommt auf 8,3 Prozent, der SPÖ-Landesrat auf 1,4 und der grüne auf 0,4 Prozent. Bei der Wahl 2021 erreichten SPÖ und Grüne gemeinsam knapp 31 Prozent der Stimmen, im Budget bleiben ihnen 1,8 Prozent.

Noch ungleicher wird es bei der Kreditsperre, die 2027 für 658 Voranschlagsstellen vorgesehen ist:

Ressort	Anteil am Budget 2027	Anteil an der Kreditsperre 2027
LH Stelzer	29,0 %	6,1 %
LH-Stv.in Haberlander	41,5 %	14,8 %
LH-Stv. Haimbuchner	3,3%	3,6%
LR Dörfel	11,3 %	25,0 %
LR Steinkellner	5,0%	9,2%
LRin Langer-Weninger	3,7%	3,7%
LRin Frauscher	4,4 %	27,6 %
LR Winkler	1,4 %	5,2 %
LR Kaineder	0,4 %	4,8 %

Die Sperre verteilt sich sehr ungleich: Die Ressorts Frauscher und Dörfel tragen zusammen 52,6 Prozent, bei Budgetanteilen von 4,4 und 11,3 Prozent. Auch beim SPÖ- und beim Grünen-Ressort liegt der Sperrenanteil mehrfach über dem Budgetanteil, während Stelzer und Haberlander deutlich weniger tragen, als ihrem Budgetanteil entspräche.

„Haberlander verwaltet über einen immer größeren Budgetanteil. Dass die Probleme vor allem im Gesundheitsweisen trotzdem nicht kleiner, sondern immer größer werden zeigen uns beispielsweise die überlangen Wartezeiten“, mahnt Binder.



Quelle: Finanzdirektion des Landes OÖ, Beantwortung der SPÖ-Fragen zum Landesbudget 2027; eigene Darstellung.
Erster Landtagspräsident Hiegelsberger (0,1 %) nicht dargestellt; Rundungsdifferenzen möglich.

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240

Das ist erst der Anfang, die Gemeinden brauchen Gerechtigkeit

Die Gemeinden spüren das Aufschieben am stärksten. Sie finanzieren Schulbauten über Jahre vor, weil Landesförderungen mit mehr als zehn Jahren Verspätung kommen. Zugleich zahlen sie Landesumlagen, deren Verwendung sich im Budget nicht nachverfolgen lässt. Schon in der Vergangenheit hat die SPÖ aufgezeigt, dass Oberösterreich in Summe höhere Landesumlagen einhebt als jedes andere Bundesland.

„Unsere Abänderungsanträge zeigen, wo das Budget Schwachstellen hat und wie man sie kosteneffizient ausbessert. Das ist erst der Anfang. Die SPÖ wird in den Budgetberatungen und im Landtag weitere Themen setzen. Eines ist uns dabei noch besonders wichtig: Die Ungerechtigkeit gegenüber den Gemeinden muss beseitigt werden. Gemeinden dürfen nicht länger Zwischenfinanzierer und Zahlstelle des Landes sein. Wer Oberösterreich anschieben will, muss bei den Gemeinden anfangen“, so der SPÖ-Klubvorsitzende abschließend.

Oberösterreich durch gezielte Investitionen nach vorne bringen	
Gerechte Chancen für junge Oberöserreicher:innen	+ 28,6 Mio. Euro
Gewaltschutz	+ 12,6 Mio. Euro
Leistbares Leben	+ 100 Mio. Euro
Mehr Transparenz durch einen Budgetdienst	+ 0,3 Mio. Euro
Mehrausgaben für ein lebenswertes OÖ	**+141,5 Mio. Euro**

4021 Linz · Landhausplatz 1
T: +43 732 7720/11564
spoe.klub@ooe.gv.at
www.spoe-klub-ooe.at
DVR: 0636240